

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 10 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4586. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13803. — **Verlag in Leipzig,**
Lauchaer Straße 10/21 — **Telephon** 4586

Insertenpreise: Die 7 gelbte Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Vorkauf 2.30 M., Familiennachrichten die 7 gelbte Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Generalfstreik in Mitteldeutschland?

III. Halle, 17. Dezember. Die hallische Arbeiterschaft ist gegen den gestern früh erfolgten Verhaftung des politischen Redakteurs des kommunistischen Organs Volksblatt, Dr. Stern, in den meisten Fabriken in den Streik getreten. Halle ist wieder einmal ohne Licht. Die Straßenbahnen stehen auf der Strecke still. Die Geschäftshäuser sind zum größten Teil geschlossen. Die städtischen Körperkassen tagten bei Regenlicht im Rathaus. Am Volkspark fand gestern abend eine Versammlung der Arbeiterschaft statt, die beschloß, den Streik zum Generalfstreik für ganz Mitteldeutschland zu machen.

Berlin, 17. Dezember. (W. T. B.) Die Kommunisten haben mit Unterstützung der Unabhängigen in der preussischen Landesversammlung einen Antrag eingebracht, der sich gegen die Verhaftung und Ausweisung Dr. Sterns wendet, durch die das Verhältnis zwischen der deutschen und der österreichischen Republik gefährdet werde.

Das Ende der kommunistischen Aktion in Böhmen.

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die kommunistische Bewegung in Böhmen ist abgeklaut. Die meisten Führer sind verhaftet und sollen Hochverratsprozesse erhalten. Insgesamt werden 100, darunter 80 aus Kladow, vor Gericht gestellt werden. Der Volkskongress der tschechischen kommunistischen Partei veröffentlicht einen Aufruf, die Arbeiterschaft solle den Generalfstreik sofort einstellen. Auch die deutschen Kommunisten in Böhmen haben sich der Parole des sofortigen Streikabbruchs angeschlossen. Der Grenzschutz ist in beschränktem Umfang wieder freigegeben worden.

Die Hortjy-Diktatur in Ungarn.

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Regierungskrise in Ungarn hat sich verschärft. Nachdem Graf Teleki seinen von der Regierung ein Militärschutz erhalten hatte, stellte er nach einem Telegramm der Volkszeitung ohne Beitragung der Parteien eine Ministerliste zusammen, die auch die Zustimmung Hortjys fand. Die Ernennung und Eidesleistung der Minister erfolgt heute. Da der Führer des radikalen Flügels der Christlich-Nationalen und der Führer der kleinen Verbände kein Portefeuille erhalten haben, ist die Regierung in der Parteikonferenz und voraussichtlich auch im Parlament niederstürzt. Das Parlament ist für Freitag einberufen. Der Ministerpräsident wird auf alle Eventualitäten gerüstet sein und in dieser Sitzung mit dem Auflösungsdekret des Parlaments im Namen Hortjys erscheinen.

Verchiebung der Abstimmung in Oberschlesien?

Basel, 17. Dezember. (U.) Die Völkervereinigung nahm wie aus Paris gemeldet wird, Kenntnis von den abweichenden Antwortnoten Polens und Dentschlands zu den Vorschlägen der Alliierten über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Die Konferenz beschloß, im Prinzip zu einer andern Lösung zu kommen unter Zugrundelegung der Vorschläge, die auf der Londoner Konferenz gemacht worden sind. Allerdings muß zu einer Verringerung des Abstimmens auch die Meinung Italiens eingeholt werden, die heute nicht mehr zweifelhaft erscheint.

Mailand, 17. Dezember. (U.) Die Lurmer Stampa erzählt aus London: Wenn Deutschland eine getrennte Abstimmung in Oberschlesien nicht annehmen werde, würden die Alliierten die oberste Volksabstimmung bis zu der endgültigen Verhängung der politischen Lage in Oberschlesien vertagen.

Der norwegische Eisenbahnerstreik beende.

Christiania, 16. Dezember. Der Eisenbahnerstreik ist beigelegt. 5000 Beamte stimmten für Wiederaufnahme der Arbeit, 3000 dagegen. Der Verkehr wird sobald als möglich wieder aufgenommen. Für die Wiedereinstellung der Beamten in den Dienst wird zur Bedingung gemacht, daß sie sich spätestens bis Sonntag wieder zum Dienst melden. — Das Storting hat gestern mit 100 Stimmen gegen die 15 Stimmen der anwesenden Sozialdemokraten einen sozialdemokratischen Antrag auf eine Feuerungszulage für die beiden untersten Beamtentklassen abgelehnt.

Keine Abberufung der Alliiertenvertreter in Athen.

London, 17. Dezember. (U.) Die Times melden aus Athen: Die bisherigen Vertreter der Alliierten haben die Anweisung erhalten, auch nach der Rückkehr des Königs Konstantin nach Athen auf ihren Posten zu verbleiben. Eine Veränderung in der Haltung der Alliierten in ihrer Meinung über die Rückkehr Königs Konstantins bedeutet diese Maßnahme aber nicht.

Eröffnung der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 16. Dezember. Wie die Agence Havas meldet, war die erste Sitzung der Sachverständigen-Konferenz fast vollständig dem Vortrage des Staatssekretärs Schröder gewidmet, der sich mit der finanziellen Lage Deutschlands befahte. Zunächst erklärte Staatssekretär Bergmann, die Lösung des Reparationsproblems hänge von der finanziellen Lage Deutschlands ab. Hierzu überreichte er der Konferenz eine Reihe von Dokumenten. Dann sprach Staatssekretär Schröder über die Denkschriften: eine über die gegenwärtige finanzielle Lage Deutschlands, eine über den Budgetentwurf für 1920/21, eine über die Vermehrung der schwebenden Schuld, eine über den Eintrag der Steuern und endlich einen kurzen Überblick über die Ergebnisse des Finanzjahres. In der Nachmittags-sitzung schilderte Reichsbankpräsident Havenstein die Gründe, die einer Besserung der deutschen Valutaverhältnisse entgegenstehen. Unter seinen Ausführungen war besonders bemerkenswert die Richtigstellung der Zahlen, die auf Grund der anstehenden Nachprüfung ein Zurückbleiben der Ausgabe hinter der Einnahme von nicht weniger als durchschnittlich 6 Milliarden Mark monatlich ergeben. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Havenstein, eine Besserung der deutschen Valuta könne nur auf einer Besserung der Zahlungsbilanz erfolgen. Diese herrsche vor allem auf der Vermeidung der Kreditbewilligung freie Erwirtschaftlichkeit sei. Endlich wolle die Kriegsschuldfrage so bereinigt werden, daß sie von Deutschland noch getragen werden könne.

Der Berichterstatter der Agence Havas hält es für wahrscheinlich, daß nach der heutigen Sitzung die Alliierten das Bedürfnis haben werden, unter Vorbehalt eine Sitzung abzuhalten, die morgen vormittag zusammentreten dürfte.

Ueber die Absichten der französischen Regierung wird dem Bureau Internationalen Couriers aus Paris berichtet: Frankreich will mehr Wert legen auf die Art und Weise der Besetzung der deutschen Schuldensumme als auf deren Höhe. Frankreich will verhindern, dem Vorschlag zu entsprechen, daß es Deutschland vernichtende Lasten auflage und ihm als einzige die Mittel zur Bezahlung nehme. Die Konferenz soll im übrigen nur dann dienen, hinter die Mäyne der Dentschen zu kommen: Maßnahmen müssen nicht ergriffen werden, da die Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England über die Rolle der Reparationskommission nach nicht behoben ist. Während Frankreich meint, daß die Reparationskommission die Reparationsarbeiten einleiten soll, will England eine andere offizielle Kommission damit beauftragen. Welche Vorschläge wollen die französischen Delegierten nicht mitbringen und keine bestimmte Summe nennen, da die Nebereinkunft nur für 3 Jahre gelten sollte.

Beschlüsse der Völkervereinigung.

Paris, 16. Dezember. Die Völkervereinigung hat dem Resolution über die Durchfahrt der internationalen Kriegsschiffe durch den Rieser Kanal zugestimmt. Sie hat ferner beschlossen, an die österreichische Regierung eine Note zu richten, worin diese anfordernd wird, die aus der Anwendung der militärischen Klauseln des Vertrages von St. Germain sich ergebenden Maßnahmen zu erzwingen. — Die Konferenz hat ferner beschlossen, an die deutsche Regierung eine Note zu richten, worin Deutschland ersucht werden soll, aus welchem Grunde der Abschluß des Vertrages mit Dänemark über die Neutralität der durch die Abtretung Nordschleswigs entstehenden Fragen verzögert wird.

Eine Justizaktion gegen französische Gewerkschaftsführer.

Paris, 17. Dezember. Gestern nachmittag hat der Prozeß gegen den Verwaltungsrat des allfameinen Gewerkschaftsbundes (C.G.T.) vor dem Strafgericht begonnen. Angeklagt sind die Gewerkschaftsführer Jouhaux, Dumoulin, Laurent, Papiere und Calvez. Sie werden beschuldigt, das Gesetz über die Gewerkschaften übertreten zu haben, und zwar einmal dadurch, daß sie unregelmäßig gebildete Gewerkschaften aufgenommen und dann dadurch, daß sie innerhalb der Gewerkschaften Völkertreffen gehalten haben.

Großfeuer im Berliner Polizeipräsidium.

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Im Berliner Polizeipräsidium brach gestern abend kurz nach 7 Uhr Großfeuer aus. Der Brand hatte seinen Heerd auf dem Boden des Polizeipräsidiums. Wenige Minuten nach 1/8 Uhr abends kam es infolge Anbrechens eines Gasrohrs zu einer starken Explosion. Kurz darauf wurde das Dach und das Gefälle des brennenden Flügels auf die Straße geschleudert. Unter der vielhundertköpfigen Menge brach eine furchtbare Panik aus. Die Brandstelle war sehr groß. Die Flammen schlugen bis in die zweite Etage hinunter. In den völlig ausgebrannten Räumen befanden sich umfangreiche Regale des Meldezettels. Außerdem wurden die Räumlichkeiten betroffen, in denen die von der Polizei beschlagnahmten Güter aufbewahrt werden, besonders Automobilen, Juwelen, Schreibmaschinen, die zusammen Millionenwerte darstellen und völlig vernichtet wurden. Das Löschwerk des Brandes dauerte bis tief in die Nacht. Ueber Personenschaden liegen noch keine Meldungen vor.

Der Kampf um die Einheit der italienischen sozialistischen Partei. Antwort Serrails an Lenin.

(Schluß.)
Man darf nicht vergessen, daß auch in Italien, ein Land mit dichter Bevölkerung, mit den verschiedenartigsten ökonomischen Formen, mit sehr alter Geschichte, mit stetiger und aus Mächtigkeit gehender Bevölkerung — die Parteien den Umständen anpassen. Die Aufteilung der Länder und die Schaffung der kleinen ländlichen Wahlkreise steht im Programm der konventionellen Parteien. Gehört also zu den Regierungsvorschlägen, und deshalb waren jene Zustände, die Ihr als revolutionäre Erhebungen angesehen, und die Sinowjew in Halle auch als solche dargestellt hat, wenn sie auch Anzeichen einer schmerzvollen Lage waren, so doch zum Teil Kundgebungen im Interesse der Privatlegieren. Die sozialistische Partei beteiligte sich nur wenig daran. Bedenkt, daß es in Sizilien, wo diese Erhebungen stattfanden, nur wenig Sozialisten gibt, die verfolgt und meuchlings getötet werden, und die Spaltung in Ihren Reihen würde ganz gewiß nicht Ihre unglückliche Lage verbessern.

Nun kommen wir zu einer ziemlich heißen Sache. Ihr sagt, daß sich das italienische Proletariat in einer seiner schwierigsten Perioden befinde, daß es verheerend wäre, die Augen davon zu verschließen, und Ihr tadelt mich, weil ich im „Kommunismus“ einen Artikel von P. S. veröffentlicht habe, in welchem versucht wurde, eine weniger pessimistische Darstellung der italienischen Lage zu geben. Die untre Arbeit kennen, wissen, daß wir — obgleich wir immer betont, daß diese Schwierigkeiten uns nicht abhalten können, unsere Pflicht ganz zu erfüllen, den Genossen ständig die Notwendigkeit vor Augen gehalten haben, sich aller Hindernisse auf dem Wege zur Revolution bewußt zu werden.

Wer in Italien genügt es, dies zu tun mit unbefangener Schätzung der eigenen Kräfte und der der Gegner, daß einem „Feuerwehr“ zugehört wird. Es genügt, auf die verhängnisvollen Irrtümer hinzuweisen — die von Eurer Revolution begangen worden sind und die Ihr zugebt —, um als Konterrevolutionär beschimpft zu werden. Es genügt, nicht in kritischer Absicht, sondern mit dem Wunsch, aufzumuntern und ein gutes Beispiel zu geben, die Schwierigkeiten aufzuheben, die Ihr überwunden habt, um als Verleumdung der Revolution hingestellt zu werden, so verurteilt sind einige Genossen, zwar von den besten Genossen befreit, aber noch zu weit entfernt von sozialistischer Geistesauffassung.

Und Ihr wiederholt uns jetzt, was Ihr uns schon gelegentlich im Oktober 1919 geschrieben habt, daß die Blockierung Italiens von Seiten Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten nicht allein möglich, sondern sehr wahrscheinlich ist, wenn das Proletariat zögert. Wir sind derselben Meinung und haben es wiederholt geschrieben und sind auch der Meinung, daß, ungeachtet der Möglichkeit der jüdischen Blockade, wir nicht anders handeln können, auch ohne jede Hoffnung auf Unterstützung von außerhalb. Aber fällt Euch nicht auf — nach dieser ernsthaften Würdigung der Tatsachen —, daß Ihr Euch in Widerspruch mit Euch selbst befindet, wenn Ihr verspricht, die Revolution in England und Frankreich zu beschleunigen?

Wir kennen die internationale Lage vielleicht ebenso wie Ihr, zumindest die der westlichen Länder, und wissen, daß die kommunistischen Parteien hier nicht so viel Einfluß haben, daß sie ernsthafte Massenbewegungen zur Unterstützung einer auswärtigen Revolution in Szene setzen könnten. Der Verrat vom 20. und 21. Juli 1919 hat uns darüber belehrt.

In England sind — trotz der Beschlüsse von Moskau — die Kommunisten weit davon entfernt, sich zu einigen und die Machtmittel der 9 verschiedenen Fraktionen sind alles andre als ein Gegenstand der Furcht für ihre Feinde. Sie zählen vielleicht alles in allem nicht einmal 50 000 Mitglieder: sie haben kein einziges tägliches Blatt, und ihre Wochenblätter leben von Eurer Unterstützung.

In Frankreich wird die Partei mit den „Wenn“, den „Aber“ und den „Stellvertreter“ eines Proletats aus Unstand (convenienza) zur 8. Internationale übergehen; aber es wird vergeblich sein, sie um einen entscheidenden Schritt zu unter oder anderer Hilfeleistung zu bitten bei ihrer geringfügigen numerischen und politischen Wirksamkeit und bei der vollständig reaktionären Richtung der Politik ihrer Regierung.

In den Vereinigten Staaten sieht es nicht besser aus. Noch ist keine Einigung der verschiedenen kommunistischen Fraktionen erzielt, und sie sind ganz erschöpft gegenüber der mächtigen Gewerkschaftsbewegung und der wilden Reaktion, die alle 2 Jahre unsere Genossen mit Erbitterung verfolgt. Ihre Kräfte sind also nicht derart, daß wir zur geringsten Hoffnung berechtigt wären. Die Nachrichten, die mir von Uebersee zukommen, sind alles andre als rosig.

In den Ländern der Zentralstaaten — auch da, wo die Niederlage und die darauffolgende Krise rascher Erfolge für die revolutionäre Bewegung hoffen lassen — erleben wir eine Periode der Stagnation, wenn nicht des Rückschrittes.

Von Ungarn will ich gar nicht sprechen, wo die Bewegung — die nicht so sehr durch das Verhalten der Sozialdemokraten, als durch wahrhaft marxistische Gründe, von Trotski vorgeschrieben, übergeben wurde — der Reaktion gewichen ist, die unerbittlich gegen unsre Besten vorgeht. Aber in Österreich, in Deutschland selbst, wo es Euch eben gelungen ist, die Unabhängigen auseinanderzureißen, ist die Lage heute nicht revolutionärer als gestern. Ueberall erhebt die Bourgeoisie ihr Haupt, organisiert sich wieder, macht sich unsre Bewegungen zunutze, um sich Ansehen vom äußeren Feind zu verschaffen und stellt seine gewaltigen Kräfte dem inneren entgegen. Der Volkswissenschaft war dem Nationalismus von Nutzen. In Bayern spricht man offen von Restauration.

Welleicht gab es in den Balkanländern — die mehr als alle andern unter den Nachkriegswegen leiden — bis vor kurzem eine beträchtliche revolutionäre Bewegung, die auf eine gemeinsame Aktion hoffen ließ. Aber auch dort hat die Reaktion gestiftet.